

MwSt.Nr.

St.Nr.

IBAN

Zuständige Person

Telefon E-Mail

Gegenstand des Ansuchens: Auszahlung des Beitragssaldos

in Bezug auf den mit Beschluss/Dekret Nr. vom .. gewährten Beitrag

in der Höhe von Euro, zugelassene Ausgabe Euro.

Haupttätigkeit des vorliegenden Ansuchens angeben:

- Bereich Kinder- und Jugendschutz Bereich soziale Inklusion und Randgruppen

Die Mitteilungen sollen in folgender Sprache und an folgende Adresse geschickt werden:

- Italienisch Rechtssitz
 Deutsch Verwaltungssitz

E-Mail oder PEC

Erklärungen und weitere Angaben

laut Art. 47 des D.P.R. 445/2000:

- die für das Jahr zum Beitrag zugelassene laufende Tätigkeit:
 - ist vollständig
 - ist teilweise (genau angeben) durchgeführt worden und alle entsprechenden Ausgabenbelege sind im Besitz der Körperschaft
- die Mehrwertsteuer (I.V.A.) hinsichtlich der den Beitrag betreffenden Ausgaben
 - ist nicht abzugsfähig
 - ist in vollem Ausmaß abzugsfähig
 - ist teilweise abzugsfähig %
- die getätigten Ausgaben für die Realisierung des zum Beitrag zugelassenen Tätigkeitsprogrammes betragen Euro (ohne MwSt, falls diese teilweise bzw. in vollem Ausmaß abzugsfähig ist), wie in der folgenden Übersicht nach Ausgabenposten detailliert aufgelistet worden ist:

Ausgaben die im Jahr <input type="text"/> effektiv getätigt worden sind, in Ausgabenposten unterteilt		
		- dem Amt vorbehalten -
Ausgaben für Personal	Euro	Euro
Verwaltungs- und Führungsausgaben	Euro	Euro
Ausgaben für Eigeninitiativen	Euro	Euro
Ausgaben für die Betreuten (nur für den Bereich soziale Inklusion)	Euro	Euro
Gesamtsumme der Ausgaben	Euro	Euro

- die beiliegenden Ausgabenbelege müssen den geltenden Gesetzesbestimmungen entsprechen, quittiert sein, auf den Namen der begünstigten Körperschaft lauten und sich auf die zum Beitrag zugelassene laufende Tätigkeit beziehen,
- die Stundenanzahl an ehrenamtlicher Tätigkeit, die sich ausschließlich auf das geplante Tätigkeitsprogramm des laufenden Jahres beziehen muss, beträgt insgesamt

Anlagen:

- quitierte originale Ausgabenbelege - xml-Datei**, in der Höhe des gewährten Beitrages nach Makro-posten; (die weiteren Ausgabenbelege - bis zur Höhe der zum Beitrag zugelassenen Ausgaben - müssen am Sitz der Körperschaft aufliegen und auf Anfrage des Landesamtes nachgereicht werden);
- analytische Aufstellung der Ausgabenbelege betreffend die Gesamtsumme der effektiv getätigten Ausgaben in der Höhe des gewährten Beitrages**, in Bezug auf die einzelnen zugelassenen Makro-posten welche am unteren Rand einer jeden Seite vom gesetzlichen Vertreter der Körperschaft unterschrieben sein muss;
- Anwesenheitsregister** der ehrenamtlichen Mitarbeiter/Innen, welches am unteren Rand einer jeden Seite vom gesetzlichen Vertreter der Körperschaft unterschrieben sein muss;
- detaillierter Bericht** über die Mehr- und Minderkosten in Bezug auf die zum Beitrag zugelassene Ausgaben.
- Der/Die Gesuchsteller/in ist darüber informiert, dass unvollständige und der Wahrheit nicht entsprechende Angaben im Sinne des Art. 76 des D.P.R. 445/2000 strafrechtlich verfolgt werden können und dass die unrechtmäßig erhaltenen Beiträge rückerstattet werden müssen.

HINWEIS

Informationen zum Datenschutz:

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

- Der Antragsteller/die Antragstellerin hat Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen, abrufbar über folgendem Link:

<http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/beitraege/beitraege-an-oeffentliche-und-private-soziale-koerperschaften.asp>

Ort und Datum

Unterschrift

.....

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

.....
digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

Im Sinne von Art. 38 des D.P.R. 445/2000 wurde die vorliegende Erklärung:

- in Anwesenheit von
(Name des/der Beamten/Beamtin der Provinz) unterzeichnet
- per Post, per Fax, durch eine verantwortliche Person, oder mit zertifizierter elektronischer Post (PEC) der Körperschaft, mit der Kopie des folgenden gültigen Ausweises vorgelegt oder versandt:
 - Identitätskarte Reisepass Führerschein
(das Dokument muss mit Foto und Stempel oder gleichwertigem Kennzeichen versehen und von einer öffentlichen Behörde ausgestellt worden sein)

Erklärung (im Falle öffentlicher Körperschaften nicht auszufüllen)

Der/Die Unterfertigte als

- Inhaber des Einzelbetriebes gesetzliche/r Vertreter/in der Gesellschaft, Körperschaft, Verbandes, Vereins, usw.

(Firmenbezeichnung)

mit Sitz in:

PLZ Ort Provinz

Straße/Platz Nummer

MwSt.Nr St.Nr

erklärt

- bewusst zu sein, dass unwahre Erklärungen strafrechtlich gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28/12/2000, n. 445 bestraft werden und dass jene Verwaltung auch stichprobenartige Kontrollen in Bezug auf die abgegebenen Erklärungen durchführen wird;
- die steuerliche Verantwortung für nachfolgende Angaben zu übernehmen;
- dass der gemäß L.G. vom 30. April 1991, Nr. 13 gewährte Beitrag, worauf sich das Gesuch bezieht, welchem die gegenständliche Erklärung beigelegt wird, hinsichtlich der Steuereinbehaltungspflicht von 4% gemäß Art. 28, Abs. 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, wie folgt einzustufen ist¹.

Nicht gewerbliche Organisation und Körperschaften des dritten Sektors

- Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder hauptsächlich gewerbliche Tätigkeiten ausübt, verwendet er den Beitrag zur Senkung der Betriebskosten oder zur Deckung von Betriebsdefiziten, zu denen die Einkünfte aus gewerblichen Tätigkeiten, welche zu Unternehmenseinkünften gemäß Artikel 55 des Dpr. Nr. 917/86 führen, beitragen; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**. Der
- Beitrag ist ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten bestimmt, welche nur Einkünfte institutioneller Art und daher keine Geschäftseinkünfte im Sinne von Artikel 55 des Dpr. Nr. 917/86 darstellen, gegenüberstehen ² **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um ehrenamtliche Organisation (EO) gemäß Artikel 32 ff. des GvD. Nr. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um einen Verein zur Förderung des Gemeinwesens (VFG) gemäß Artikel 35 ff. des GvD. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um eine Einrichtung des Dritten Sektors gemäß Artikel 4 des GvD. Nr. 117/2017 (eingetragen im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung ³ befreit; **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.

Unternehmen und gewerbliche Organisationen

- Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten des Unternehmens; ⁴ **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen -, Kapital- oder einfache Kommanditgesellschaft ist; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung** - vgl. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchst. c des Dpr. Nr. 917/86).
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und nicht in den Rahmen des Art. 32 des Dpr. Nr. 917/86 fällt; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen - oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 32 des Dpr. 917/86 fällt; **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung befreit; ⁵ **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.

Nicht gewerbliche Subjekte

- Der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung ⁶.

Darüber hinaus erklärt der/die Unterzeichnende, dass er/sie alle Änderungen der gegenständlichen Erklärung unverzüglich mitteilen wird, insbesondere jene betreffend den Art. 149 des Dpr. Nr. 917 vom 22.12.1986 und den Art. 11 des GvD. Nr. 460/1997 sowie den Art. 101 des GvD. Nr. 117/2017 (in Bezug auf den Verlust des Status einer nicht-gewerblichen Organisation und ONLUS) und die Änderungen, die mit dem Verlust des Status einer nicht-gewerblichen Organisation des Dritten Sektors verbunden sind. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 erkläre ich, dass ich angemessen über die Verwendung meiner personenbezogenen Daten und insbesondere über deren Verarbeitung in dem für die Erreichung der institutionellen Zwecke erforderlichen Umfang informiert worden bin.

Datum

Unterschrift und Stempel

digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

(1) Zutreffendes ankreuzen

(2) Vgl. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917; Die Einnahmen setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. 917/86)

(3) Art, Datum und Nummer der Gesetzbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer;

(4) d.h. ein passives Steuersubjekt, der eine gewerbliche Tätigkeit zur Erzielung von Einkünften im Sinne von Artikel 55 des Dpr Nr. 917/86 ausübt;

(5) Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer ;

(6) es handelt sich um ein Subjekt, der weder als nichtgewerbliche Körperschaft, gewerbliche Körperschaft oder Unternehmen gilt.